

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Sitz-Direktor).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 82.

Berlin, Mittwoch, 12. Oktober 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Friede in der Metallindustrie. — Die Konkurrenz-Kaufkraft und die Vorkämpfer zur Neuordnung. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Friede in der Metallindustrie.

Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften und die in seinem Verlauf angebrochene Massenauflösung der Metallarbeiter haben wie dunkle Wetterwolken wochenlang den wirtschaftlichen Horizont verdustert. Eine unheimliche Schwüle lagerte über dem gesamten deutschen Erwerbsleben, dem unberechenbarer Schaden drohte. Erfreulicherweise hat sich die Spannung jetzt gelöst. Die Wetterwolken haben sich verteilt, ohne größeren Schaden angerichtet zu haben. Auf den Werften ist mit dem Beginn dieser Woche die Arbeit wieder aufgenommen worden, und wenn auch hier und da die Arbeiter aus Unzufriedenheit mit dem Erreichten sich dagegen noch gestraubt haben, so kann doch mit Bestimmtheit schon heute gesagt werden, daß der langwierige und folgenschwere Kampf als beendet gelten kann.

Ueber seinen Verlauf sind unsere Leser eingehend unterrichtet worden. Es ist ihnen bekannt, daß die Wertbesitzer den eingereichten Forderungen der Arbeiter ein striktes Nein! entgegensetzten. Auf Verhandlungen wollten sie sich unter keinen Umständen einlassen; höchstens den Grund für die Ablehnung jeder Forderung wollten sie den Arbeitern persönlich mitteilen. Das hatte natürlich keinen Wert, und die Arbeiter verzichteten mit Recht darauf. Der Kampf nahm also einen Gang und riß immer weitere Kreise fort. Da wurde von dritter Seite ein Vermittlungsversuch gemacht, der aber daran scheiterte, daß die sogenannten freien Gewerkschaften alle nichtsozialdemokratischen Organisationen von den Verhandlungen ausschalten wollten. Darauf wieder gingen die Unternehmer nicht ein. Sie übertrugen vielmehr als Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller diesem die weitere Verhandlung der Angelegenheit, und diese mächtige Unternehmerorganisation stellte der Gruppe der Seeschiffswerften bereitwillig die nachgesuchte Unterstützung zur Verfügung, indem sie für den 8. Oktober eine Aussperrung von 60 Prozent aller Metallarbeiter anordnete, um die Wertarbeiter dadurch zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Sind schon durch die lange Dauer des Wertarbeiterkampfes unermessliche Werte verloren gegangen, so hätte die angebrochene Aussperrung und die damit verbundene Einschränkung oder völlige Stilllegung zahlreicher Werke der Metallindustrie unserem ganzen Wirtschaftsleben einen Schlag versetzt, von dem es sich nicht so leicht hätte erholen können. Diese Erkenntnis war bei beiden Parteien vorhanden, bei den Arbeitern sowohl als auch bei den Unternehmern, und so war es denn trotz der beiderseitigen Erbitterung möglich, Einigungsverhandlungen anzubahnen, an denen auf Seiten der Arbeiter nicht nur die „freien“ Gewerkschaften, sondern auch die Deutschen Gewerkevereine und die christlichen Gewerkschaften teilnahmen. Die in Berlin eingeleiteten Verhandlungen sind in Hamburg zu Ende geführt worden und haben schließlich zu einer Verständigung geführt auf der Grundlage folgender Vereinbarungen:

- Vom 1. Januar 1911 (von der ersten Lohnwoche an) tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit ein.
- Bei den hamburgischen Seeschiffswerften auf 56 Stunden die Woche.
 - Bei allen außerhamburgischen Seeschiffswerften (soweit sie der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehören) auf 58 Stunden die Woche.

Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem Pfennig auf den Stundenlohn. An den Tagen vor Oftern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend.

Die Einstellungs-löhne bei den hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfennig pro Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pfg. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzeption in den Einstellungs-löhnen wird eine Lohnerbhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

Die Preise für möglichst alle Afforde werden bei Uebernahme der Arbeit dem betreffenden Arbeiter bekannt gegeben.

Grundsätzlich werden die Affordräge auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann.

Affordräge, welche bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnfuß übersteigenden Verdienst belassen, sollen seitens der Werften richtiggestellt werden.

Beim freiwilligen Ausscheiden aus der Arbeit erhält der Arbeiter seinen Affordüberfluß unverzüglich ausbezahlt, wenn das Ausscheiden sechs Wochen oder mehr nach Beginn der Affordarbeit erfolgt.

Die Auszahlung des Affordüberflusses erfolgt bei kurzen Afforden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung. An Stelle der lange dauernden Afforde sollen nach Möglichkeit kurze treten.

Ueberzeitarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten und wird mit folgenden Zuschlägen vergütet:

Ueberstunden 25 Prozent,
Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden 50 Prozent.

Die festgelegte Entschädigung wird sowohl bei Lohn-, wie bei Affordarbeit gezahlt. Als Ueberstunden gelten die ersten beiden, sich an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden, sowie das Arbeiten in den Pausen. Wird über diese ersten beiden Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachtstunden zu entschädigen.

Bei Beschäftigung wird die Nachtarbeit auf den hamburgischen Werften nach bisheriger Uebung mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Der Arbeiter darf nicht länger als zwei für die betreffende Wert übliche Arbeitsstunden hintereinander beschäftigt werden.

Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche (für Stettin erst vom 1. Januar 1911 ab). Die Lohnzahlung erfolgt von der ersten Lohnwoche 1911 an Freitags.

Als Vermittlungs-Anstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes wird nach Verhältniswahl ein ständiger Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des § 134h. Absatz 4 der Reichsgewerbe-Ordnung gewählt. Die Neuwahl erfolgt nach Ablauf eines Kalenderjahres. Wiederwahl ist zulässig. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden.

Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden.

Die Regelung örtlicher Angelegenheiten sollen paritätisch zusammengesetzte Kommissionen übernehmen. Diese sollen aus je drei Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestehen. Die Auswahl der Vertreter bleibt jeder Partei überlassen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt auf der Linie am Montag, den 10. Oktober 1910. Die Einstellung aller Ausschändigen und Aussperrten erfolgt durch die Werften direkt ohne Arbeitsnachweise.

Die Anteile an den Ueberflüssen der durch den Streit unterbrochenen Afforde bleiben den betreffenden Arbeitern gesichert.

Wer die Verhältnisse auf den deutschen Seeschiffswerften kennt und wer da weiß, wie schwer es ist, den Metallindustriellen etwas abzurufen, wird diese Zugeständnisse wohl zu schätzen wissen. Manche Forderung der Arbeiter freilich ist unerfüllt geblieben. Es ist eben ein Kompromiß zustande gekommen, bei dem beide Teile Entgegenkommen zeigen mußten und gezeigt haben. Trotz alledem bedeuten die gemachten Zugeständnisse unter den gegebenen Verhältnissen einen Erfolg.

Wir werden in einem späteren Artikel noch Gelegenheit haben, die Ergründlichkeiten von der idealen Seite zu beleuchten. Für heute wollen wir nur unserer Sonntagsausdruck verleihen darüber, daß es möglich gewesen ist, auf obiger Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Freilich sind leider die Opfer, die gebracht werden mußten, recht große gewesen. Wir sehen ganz davon ab, daß die Organisationen der Arbeiter gewaltige Unterstützungssummen ausgeben mußten. Schließlich aber wird ja das Geld nur zu dem Zweck aufgebracht, Vorteile für die Arbeiter zu erringen, und da dies gelungen ist, werden die gebrachten Opfer nicht allzu schwer empfunden werden. Sie werden vielmehr ein Ansporn sein, für die Gewinnung neuer Mitglieder energisch Propaganda zu machen, um auf diese Weise die entstandenen Lücken wieder auszufüllen. Viel größer ist der Schaden, den das Nationalvermögen erlitten hat durch das lange Ruhen der Betriebe und vor allen Dingen auch dadurch, daß viele Arbeiten im Ausland fertiggestellt worden sind. Wäre die Einsicht, die jetzt die streitenden Parteien gezeigt haben, früher vorhanden gewesen, dann hätten sich diese schweren Opfer wohl vermeiden lassen. Ebenso wie die Wertbesitzer jetzt auf Unterhandlungen eingegangen sind und Zugeständnisse gemacht haben, hätten sie sich vor dem Ausbruch des Kampfes mit den Arbeiterorganisationen ins Einvernehmen setzen können. Gätten sich die Unternehmer nicht so halbsüchtig gezeigt, hätte der ganze Kampf unterbleiben können. Aber nicht allein die Unternehmer trifft die Schuld. Auch eine zweite Gelegenheit, dem Kampf ein früheres Ende zu setzen, wurde verpaßt, weil die „freien“ Gewerkschaften in ihrem Großmachtsdünkel die Einleitung von Verhandlungen vereitelten. Gätten diese Organisationen die Mitwirkung der anderen Richtungen nicht abgelehnt, hätten sie ihre Bereitwilligkeit, mit den Christlich-Deutschen Gewerkevereinen und den Christlichen gemeinsam mit den Unternehmern in Beratungen einzutreten, von Anfang an klipp und klar zum Ausdruck gebracht, dann wäre es schon Anfang September möglich gewesen, den Kampf zum Abschluß zu bringen. Deshalb kann weder den Unternehmern noch den freien Gewerkschaften der Vorwurf erspart bleiben, daß sie unnötig die Bewegung in die Länge gezogen und damit dem Nationalwohlstande schwere Wunden geschlagen haben. Gätten man sich auf den Boden der Anschauungen der Deutschen Gewerkevereine gestellt, so wäre diese schwere Schädigung sicherlich vermeiden worden.

Noch manches Wort wird über diesen gewaltigen Kampf gesprochen und geschrieben werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Friede auf den Seeschiffswerften eingeführt ist. Deshalb wird es Aufgabe aller sein, die den sozialen Frieden fördern wollen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie solchen Gefahren für die Zukunft vorgebeugt werden kann. Der Gedanke, daß ein Reichseinigungsamt dem Kampfe hätte vorbeugen können und auch geeignet wäre, zukünftige Kämpfe zu verbieten, läßt sich jedenfalls nicht von der Hand weisen. Doch darüber: später einmal!

Die Konkurrenzklauel und die Vorschläge zur Neuregelung.

Die Bestimmungen über die Konkurrenzklauel sollen durch Novellen zum Handelsgelehbuch und zur Gewerbeordnung eine Neuregelung erfahren, wie vor einigen Wochen in der Tagespresse „halbamlich“ berichtet wurde. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß für diese Neuregelung die Vorschläge als Grundlage dienen sollen, die der preußische Minister für Handel und Gewerbe und nach ihm auch die Ministerien der übrigen Bundesstaaten den Handelsvertreterungen zur Begutachtung unterbreitet haben.

Der Zweck der Neuregelung wird in dem Rundschreiben des preußischen Handelsministers dahin gekennzeichnet, daß für die bei der Konkurrenzklauel einander widerstrebenden Interessen der Prinzipale und der Angestellten ein gerechter Ausgleich herbeigeführt werden soll dadurch, daß „dem Angestellten für die Beschränkung, die ihm das Konkurrenzverbot auferlege, der Anspruch auf eine angemessene Entschädigung zugestanden würde“. Der Prinzipal soll aber für die Dauer oder mindestens für die ersten zwei Jahre der Beschränkung dem Angestellten nicht den vollen Umfang der bisher gewährten Leistungen bieten, sondern nur einen Betrag gewähren, „der eine billige Entschädigung für die über die Dauer des Dienstverhältnisses hinausgehende Verbindlichkeit des Angestellten und die ihm dadurch auferlegte Beschränkung in der freien Verwertung seiner Arbeitskraft darstellt“. An und für sich würde eine Entschädigung für die Dauer der Beschränkung der Arbeitsfähigkeit gegenüber den bisherigen Bestimmungen einen gewissen Fortschritt bedeuten; aber dieser Fortschritt hält nicht stand gegenüber demjenigen, was weiter vorgeschlagen wird. Es heißt hier nämlich: „Werde in dieser Weise dem Prinzipal eine Entschädigungspflicht über die Dauer des Dienstvertrages hinaus auferlegt, so entspricht es der Billigkeit, daß auch die ihm nach den geltenden Vorschriften zustehenden Rechte aus der Konkurrenzklauel in einzelnen Punkten erweitert würden.“ Was also den Angestellten auf ihre im Laufe der Jahre wiederholten Petitionen mit der einen Hand gegeben werden soll, soll ihnen mit der anderen Hand wieder genommen werden.

Ehe auf die einzelnen Grundsätze eingegangen wird, soll kurz das Wesen der Konkurrenzklauel und das Interesse der Prinzipale daran besprochen werden. Die vereinbarte Konkurrenzklauel verbietet dem Angestellten für eine bestimmte Zeit und für ein bestimmtes Gebiet, seine Arbeitskraft, seine Kenntnisse, seine Erfahrungen zu seinem eigenen Nutzen frei zu verwerten. In einer solchen Vereinbarung hat nur der Prinzipal ein Interesse, dagegen nicht der Angestellte; denn diesem wird für die Beschränkung in der Anwendung seiner Kenntnisse und Fähigkeiten in der Regel kein Äquivalent in Form höherer Gehaltes oder dergl. gewährt, sondern die Praxis hat gesetzt, daß mit Hilfe solcher Vereinbarungen die Entlohnung der Angestellten auf einer niederen Basis gehalten werden kann. Das Interesse der Prinzipale an Konkurrenzklauelvereinbarungen erfährt nach Aeußerungen von Handelskammern und Prinzipalsvereinbarungen folgende Begründung:

Die Handelskammer zu Berlin sagt in einem Gutachten vom 16. August 1907, die Konkurrenzklauel stelle das „rechtlich allein sichere Mittel dar zu dem sittlich und wirtschaftlich berechtigten Zweck zu verhindern, daß ein Angestellter nach Auflösung des Dienstverhältnisses anderen, insbesondere Konkurrenten des Prinzipals, mitteilt, was ihm lediglich anvertraut oder zugänglich gemacht worden ist, damit er keine Stellung ausfüllen kann“. Die Handelskammer zu Leipzig sagt, daß die Konkurrenzklauel dazu dient, zu verhindern, daß „gewissenlose Angestellte Erfahrungen aus besonderen Eigentümlichkeiten einer Firma ausnützen und daß „Prinzipale die Angestellten anderer Geschäfte durch verlodende Versprechungen zu den gleichen Zwecken zu sich herüberziehen“. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln sagt ebenfalls in einem Gutachten 1907, „die Aufrechterhaltung der Konkurrenzklauel habe eine hervorragende national-wirtschaftliche Bedeutung, weil das Ausland bestrebt sei, aus deutschen Erfindungen Nutzen zu ziehen“.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß die Konkurrenzklauel in der Hauptsache dazu dienen soll, sich gegen den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen und Erfindungen zu schützen. In Wirklichkeit dient aber die Konkurrenzklauel hierzu am wenigsten, was schon daraus hervorgeht, daß manche Großunternehmungen des Handels und der Industrie mit ihren sämtlichen, auch den gering bezahlten und den Betrieb gar nicht übersehenden Angestellten gewohnheitsmäßig Konkurrenzklaueln

vereinbaren. Und kann man im Ernst noch von einem Verrat von Geschäftsgeheimnissen und Erfindungen durch Angestellte sprechen? Wenn bekannt ist, daß bisher in Deutschland rund 225 000 Patente eingetragen wurden, die nicht nur die neu erfundenen Gegenstände, sondern auch deren Herstellungs-Verfahren und -Vorrichtungen — und diese sollen doch wohl in der Hauptsache Betriebsgeheimnisse sein — gegen Nachahmung schützen; wenn bekannt ist, daß für kleinere Erfindungen ziemlich eine halbe Million, nämlich rund 430 000 Gebrauchsmuster beim Kaiserlichen Patentamt eingetragen sind, daß ferner für die Aufmachung und Verpackung der Waren ein Schutz durch 133 000 Warenzeichen besteht und daß außerdem noch eine große Anzahl Geschäfts- oder Schönheitsmuster bei den Amtsgerichten eingetragen werden, der wird nicht behaupten können, daß es zum Schutz gegen den Verrat von Betriebsgeheimnissen und Erfindungen unbedingt der Konkurrenzklauel bedürfe.

Aber wer schützt die Kundenregister, wer sorgt dafür, daß die Bezugsquellen und Einkaufspreise nicht verraten werden? Ein Kundenregister ist heute kein Geschäftsgeheimnis mehr. Man schlage das Adreßbuch der Stadt Berlin auf und man findet viele Tausend Adressen aus allen Erwerbszweigen, vom Abbruchunternehmer bis zum Zylinderputzer, verzeichnet. In jeder Stadt gibt es aber ein Adreßbuch. Und sind die Erzeugnisse und Waren einem größeren Kreise anjubieten, so fertigen die großen Adreßbüreaus Register von Geschäftsleuten und Privatpersonen aus der ganzen Welt an. Die in allen Ländern bestehenden Auskunfteien, Handels- und Zollvertragsvereine geben jede gewünschte Auskunft über Abgabegebiete, über dort bevorzugte Waren usw., und über die Waren-Einkaufs- und Verkaufspreise orientiert jeder Prospekt. Auch die Angabe, daß die Konkurrenzklauel eine national-wirtschaftliche Bedeutung habe, weil das Ausland bestrebt sei, aus deutschen Erfindungen Nutzen zu ziehen, erscheint nicht stichhaltig. Einmal kann der Deutsche seine Erfindungen auch im Ausland gegen Nachahmung schützen lassen, zum anderen aber werden über Erfindungen Patentschriften und sonstige Veröffentlichungen herausgegeben, und der ausländische Nachahmer braucht nicht auf den Verrat von Angestellten zu warten, wenn er eine deutsche Erfindung im Auslande ausnützen will. Schließlich aber kommt hinzu, daß durch die Konkurrenzklauel der Angestellte erst gewonnen wird, ins Ausland zu gehen. Eine im Jahre 1909 veranstaltete private Erhebung über den Umfang der Anwendung der Konkurrenzklauel in Leipzig ergab, daß von 58 Firmen allein 12 vereinbart hatten, daß ihre Angestellten entweder in ganz Deutschland oder in Deutschland-Oesterreich, Deutschland-England usw. in kein Konkurrenzunternehmen eintreten durften. Wollten diese Angestellten nach Beendigung des Dienstverhältnisses in derselben Branche bleiben, so mußten sie die deutsche Erde von ihren Füßen schütteln.

Trotzdem diese Verhältnisse in den Interessenkreisen allgemein bekannt sind, soll jetzt das von den Angestellten geforderte Verbot der Konkurrenzklauel nicht durchgeföhrt, sondern es sollen die bisher bestehenden Bestimmungen aufrechterhalten und einige noch zu ungunsten der Angestellten erweitert, dafür aber den Angestellten eine Entschädigung zugestanden werden. Darin soll ein Ausgleich der einander widerstrebenden Interessen beider Parteien, der Prinzipale und der Angestellten, liegen.

(Schluß folgt.)

Österreich und die deutsche Arbeiterbewegung Österreichs.

VI.

Nach sozialdemokratischer Lehre sind die Klassenkämpfe die hauptsächlich kulturfördernden Elemente in der menschlichen Gesellschaft. „Alle Geschichte ist Geschichte des Klassenkampfes.“ Den Kampf der Nationen hält die Sozialdemokratie für reaktionär-rückwärtlich; ein Kulturstreben will sie darin nicht anerkennen. Besonders der Nationalitätenkampf in Oesterreich sei nichts weiter als das Ringen der Bourgeoisien der verschiedenen Nationen um die Futtertruppen. Und Arbeiter hätten schon gar keine Veranlassung, in diesen Kämpfen Partei zu nehmen. Der Internationalismus sei die Grundlage aller Arbeiterbewegung.

Woher kommt es, daß in Oesterreich — wie weiter unten noch gezeigt wird — die Entwicklung gerade entgegengesetzt geht, d. h. das Nationalitätenbewußtsein oder, wie man in Oesterreich sagt, das „völkische Bewußtsein“ immer tiefer gerade in die Arbeiterfreie hinein geht?

Nach der Lehre des historischen Materialismus, auf deren Boden sich die Sozialdemokratie bewegt,

wird die Kultur der menschlichen Gesellschaft bestimmt von den wirtschaftlichen Verhältnissen, von der Wirtschaftsweise, der Technik, den Verkehrsmitteln usw. Sie schaffen Kultur, sind ihr Fundament. In diesem Maße hat die Nationalitätenidee keinen Platz; er vermag nur die Klassenkampfeidee zu ertragen. Der Nationalitätenidee ist das rechte Gegenstück dieser Lehre. Nach ihm ist die vorhandene Kultur Voraussetzung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Kultur bestimmt die Höhe der Wirtschaftsweise, auf der sich ein Volk bewegt. Die auf niedriger Kulturstufe stehenden Völkern Afrikas sind gar nicht imstande, z. B. die großindustrielle Weltwirtschaftsweize Europas zu ertragen, und wer moderne Fabrikbetriebe und Eisenbahnen für den Bedarf der Völkern errichten wollte, würde schmachlich scheitern müssen.

Die Kulturstufe der einzelnen Völkern ist aber durchaus nicht gleichmäßig. Es wird von niemand, auch von den Slawen (Tschechen, Polen, Russen usw.) nicht bestritten, daß die Kulturstufe der gesamten deutschen Bevölkerung Oesterreichs höher ist als die der anderen Völkern. Höhere Kultur bedeutet höhere Leistungsfähigkeit auf der einen, höhere Bedürfnisse auf der anderen Seite. Deshalb liegt z. B. fast die ganze Industrie Oesterreichs in deutschen Händen, und der mit Aufwendung großer Staatsmittel in Ungarn betriebene Versuch, eine magyarische Industrie zu schaffen, ist bisher kläglich gescheitert. Selbst wo es slawische Unternehmungen gibt, die die Fähigkeit haben, Industriebetriebe zu leiten, scheitern sie, weil die Arbeiter ihrer Nation nicht leistungsfähig genug sind, langsam und langsam arbeiten, wodurch für den Unternehmer hohe Betriebskosten entstehen, die ihn konkurrenzunfähig machen. Und das auch trotz der billigen Löhne, für die der slawische Arbeiter sich zur Verfügung stellt. Die Industrie Oesterreichs braucht also deutsche Arbeitskräfte.

Nun gibt es aber zweifellos in dieser Industrie viele Arbeitsstellen, die von kulturell weniger hoch stehenden Arbeitskräften versehen werden können, so z. B. das Löschen der Braunkohlen in der Grube oder die Verrichtung von Erdbarbeiten. Und was noch öfter vorkommt: ein älterer, eingearbeiteter Fabrikbetrieber, der nicht nur einen deutschen Unternehmer, sondern auch deutsche Techniker, Meister und Arbeiter hat, kann ohne wesentliche Beeinträchtigung seiner Leistungsfähigkeit nach und nach kulturell niedriger stehende Arbeiter einstellen. Unter hundert Schloßern wird er zunächst einen, später zehn oder auch noch mehr tschechische Schloßler einstellen können. Die deutschen Arbeitskräfte schleppen diese Leute anfangs mit Durst. Nach und nach werden die Durstgeschleppen selbständiger. Einige Tschechen werden Werkmeister. Sie ziehen neue tschechische Arbeiter heran. So kann im Verlaufe einer Reihe von Jahren ein Fabrikbetrieb stark mit Tschechen durchsetzt werden. So lange er an den Arbeitsstellen, zu denen geistig höher stehende Arbeiter gebraucht werden, noch Deutsche hat, geht die Sache. Gewiß leistet ein solcher Betrieb weniger als ein nur mit deutschen Arbeitskräften besetzter Betrieb. Aber diese geringere Leistungsfähigkeit wird annähernd aufgehoben durch die schlechteren Löhne, mit denen sich der Tscheche zufrieden gibt. Kommt hinzu, daß das tschechische Volk enorme Anstrengungen macht, den Deutschen an Kultur näher zu kommen und besonders viel für Schulen ausgibt. Es ist klar, daß unter diesen Umständen der deutsche Arbeiter durch den Tschechen, dieser vielleicht nicht jetzt, sicher aber in Zukunft durch den Polen usw. stark gedrückt und bedrängt wird. In einigen hundert Jahren mag sich das alles vielleicht einmal ausgeglichen haben. So wie die deutsche Industrie die englische erreicht und vielfach überflügelt hat, können auch einmal die Slawen die Deutschen erreichen oder überflügeln. Aber soll der deutsche Arbeiter, der jetzt durch Slawen stets wieder von seiner erreichten Kultur herabgedrückt wird, Jahrhunderte lang warten, bis den Slawen seine Kulturbedürfnisse nötigen, denselben Lohn, dieselbe anständige Behandlung, dieselbe gute Wohnung zu beanspruchen wie der deutsche Kamerad? Das wäre zuviel verlangt. Es wäre gleichbedeutend mit Kultivierung der Slawen aus dem Schweiße deutscher Arbeiter. Und darum steht mit Recht dem deutschen Arbeiter das Volkswort zu: „höher als das Slawenbewußtsein.“ Die Sache liegt übrigens im Deutschen Reiche genau so; nur tritt sie hier nicht so scharf hervor, weil die Deutschen hier im gewaltigen Uebergewicht sind.

Der Unterschied in der Kulturhöhe der einzelnen Völkern ist bisleichen ist heute noch gewaltig. Schon wer mit deutschen Reinlichkeitsbegriffen durch tschechische Dörfer und Wohnungen geht, merkt den Unterschied deutlich, und man darf denen, die Galizien, das Land der Polen Oesterreichs, aus eigener Anschauung kennen, glauben,

wenn sie angeben, daß dort ein deutscher Arbeiter nicht leben könnte. Ein Führer der deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs erzählte mir folgendes Erlebnis aus seiner Militärzeit: Die Soldaten aus Bosnien und der Herzegovina ließen zum großen Teil mit ihren Regimenten in Wien. Klief große Gestalten, mit dem Fes, der religiösen Kopfbedeckung der Muhamedaner, begegneten einem allerwege in den Straßen Wiens. Jener deutsche Arbeiterführer hatte als Soldat an diese Leute Brot, ähnlich unserem deutschem Roggenbrot, zu verausgaben. Die bosnischen Rekruten küßten dies Brot, denn sie hatten in ihrem Leben noch kein Roggenbrot gegessen. Ihre Speise waren stets schlechte Weizenprodukte (Kukuruzbrot). Roggenbrot war für sie ein ausserwählter Vorkost. Derselbe strebt der deutsche Arbeiter, nach dem Vorbild des Engländers, schon mehr nach dem teureren Weizenbrot. Ein anderer Beweis für den gewaltigen Kulturunterschied der verschiedenen Nationen ist die Tatsache, daß in Bosnien und der Herzegovina erst jetzt die Bauernbefreiung durchgeführt werden soll, die in Preussen schon vor hundert Jahren ins Werk gesetzt wurde.

Alle diese Verhältnisse sind zu vergleichen mit einem fortgeschrittenen Kultur der Nationen mit niedriger Kultur auf die höherstehenden Deutschen und ganz besonders auf die deutschen Arbeiter. Die 35 Millionen Nichtdeutsche dies- und jenseits der Weitha stürmen auf die 10 Millionen Deutsche mit aller Macht. Wer will es diesen verdenken, daß sie sich um des theoretischen Ideals der Internationalität willen nicht in Unkultur herabziehen lassen wollen?

Dieser Krieg ist ein steter hartnäckiger Kleinkrieg, der um den Arbeitsplatz ausgefochten wird. Durch billigere Ansprüche verdrängt der Slawe den Deutschen von der Arbeitsstelle. Der deutsche Arbeiter findet in seinem Heimatlande keine lohnende Arbeit mehr. Er muß auswandern, wandert nach dem Königreich Sachsen, nach Berlin, nach Rheinland-Westfalen und — brüht dort die Löhne der reichsdeutschen Arbeiter. Denn hier ist er der billige Jakob. Am 1. Dezember 1900 lebten in Deutschland 370 900 Oesterreicher. Darunter waren mit deutscher Muttersprache 295 280, mit tschechischer Muttersprache 35 093. Letztere machen nicht einmal 10 Prozent der Gesamtsumme, während in der Bevölkerung Oesterreichs die Tschechen 23 Prozent ausmachen. Es wandern also bei weitem mehr Deutsche aus Oesterreich aus. Von 96 000 in Preußen gezählten Oesterreichern stammten 34 000 aus Böhmen. Davon waren 25 146 Deutsche und 9299 Tschechen, während in Böhmen selbst auf 100 Einwohner 62,67 Tschechen entfallen. Genug: der Deutsche, und zwar der Arbeiter wird verdrängt. Außerdem wanderten 1908 aus Oesterreich-Ungarn 170 191 Personen nach Nordamerika aus. Wenn es auch die Statistik nicht erzählt, darf man ruhig annehmen, daß auch hier der Deutsche die meisten Auswanderer stellt. Was aber Auswandern in fremde Länder, Auswandern mit Kind und Kegel bedeutet, ahnen die wenigsten. Selbst der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete in Oesterreich Karl Kerner muß in seiner schon genannten Schrift ausrufen:

„In der Heimatliebe sind wir von Haus aus alle gleich. Inniger vielleicht empfindet der Mann der Arbeit, der den Boden der Heimat nicht nur genießt, sondern vor allem selbst bestellt, das Heimweh und das Heimatglück als andere Klassen. Aber niemand wird die Heimat so bitter vergällt wie dem Arbeiter.“

So ist für den deutschen Arbeiter der nationale Gedanke nicht bloß philosophische Idee oder Rassenfrage, nicht nur Sache völkischer Kultur, sondern eine Klassenangelegenheit in des Wortes ernstester Bedeutung. Und gerade das kann der fortgesetzten Arbeiterbewegung Oesterreichs die Macht geben, deren sie bedarf, um ihre historischen Aufgaben zu lösen.

Daß ferner jeder ausgewanderte Arbeiter ein Verlust für das gesamte Deutschtum Oesterreichs ist, liegt auf der Hand. Den Platz, den der Deutsche verläßt, nimmt der Tscheche ein, stellt dadurch seine Minderheit wirtschaftlich und politisch, zwingt die deutsche Gemeinde zum Bau tschechischer Minderheitsschulen usw. So nistet sich das Tschechentum fortgesetzt in die deutschen Länder ein. Der große Zug der Menschen geht hier wie in allen Ländern Europas vom Osten nach dem Westen. Das Kapital dagegen wandert von West nach Ost. Der Bergarbeiter im Ruhrbezirk senkt unter dem Vordruck des österreichischen Deutschen, weil dieser in seinem Heimatlande vom Tschechen verdrängt wurde. . . .

*) Kerner: Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Verlag Wien.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 11. Oktober 1910.

Zur Reichsversicherungsordnung haben in den letzten Wochen zahlreiche Ortsverbände Stellung genommen. Ueber den Verlauf einer Reihe dieser Versammlungen ist bereits im „Genereverein“ berichtet worden. Mit Rücksicht darauf, daß diese Berichte sich allzu sehr häufen und die angenommenen Resolutionen stets dieselben Wünsche zum Ausdruck bringen, muß von der Veröffentlichung im einzelnen abgesehen werden. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, nur die Namen der Ortsverbände bekannt zu geben, die zur Reform der Arbeiterversicherung Stellung genommen haben. Es sind dies außer den bereits genannten die Ortsverbände: Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Geislingen, Girsberg, Jena, Schwerte, Selb i. V., Striegau, Tilsit, Boerde und Weissenfels.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat die Beratung der Unfallversicherung erledigt und beschäftigt sich nunmehr mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Um den Kreis der Versicherten in der Krankenversicherung und Invalidenversicherung gleich zu machen, war beantragt worden, auch die Hausindustriellen dem Invalidenversicherungszwang zu unterwerfen. Das wurde indessen abgelehnt und nur ein Antrag angenommen, in dem die Verbündeten Regierungen erucht werden, mehr als bisher von der Berechtigung Gebrauch zu machen, den Versicherungszwang auf einzelne Gruppen der Hausgewerbetreibenden auszudehnen.

Während in der Krankenversicherung die Versicherungspflicht auf alle Privatbeamten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 Mark ausgedehnt ist, sollen der Invalidenversicherung nur Privatbeamte unterliegen, deren regelmäßiger Jahresverdienst 2000 Mark nicht übersteigt. Diese Grenze konsequenterweise auf 2500 Mark zu erhöhen, wurde leider abgelehnt.

Auch die Lohnklassen sollen in der vorgeschlagenen Zahl und Höhe bestehen bleiben. Die Anträge auf Einführung höherer Lohnklassen für Arbeiter und Angestellte mit höherem Einkommen fanden keine Zustimmung. Auch soll für die Zukunft ebenso wie bisher nicht das wirkliche Jahreseinkommen, sondern für Mitglieder einer Krankenkasse nur der 30fache Betrag des Grundlohnes als Jahresverdienst in Ansatz gebracht werden.

Nach der Regierungsvorlage soll keine Rente länger als ein Jahr rückwärts, vom Eingange des Antrages gerechnet, gewährt werden. Dazu wurde ein Zusatz angenommen, daß die Rente auch auf längere Zeit rückwärts gewährt werden muß, wenn der Versicherte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen.

Fruchtlos waren leider die Bemühungen, den Begriff der Invalidität günstiger zu gestalten. Nach wie vor soll nur derjenige als Invalid abgelehnt werden, der zwei Drittel seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Auch die Grenze für die Altersrente wenigstens auf das vollendete 65. Lebensjahr herabzusetzen, wurde von der Kommission abgelehnt.

Bezüglich der Hinterbliebenenversicherung wurde festgelegt, daß die Witwenrente gemäß den Vorschlägen des Regierungsentwurfs nur an die dauernd invalide Witwe nach dem Tode ihres Mannes gezahlt werden soll. Waisenrente ist nur für die ehelichen Kinder des versicherten Vaters vorgesehen. Ebenso wird den unehelichen Kindern die Waisenrente vorenthalten, wenn die Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes stirbt, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat. Dem Wanne und den ehelichen Kindern stehen in diesem Falle Renten zu.

Eine sehr lebhafte und ausführliche Aussprache zeigten die Bestimmungen über das Heilverfahren. Ein Antrag, daß die Versicherungsanstalten auf Wunsch des Versicherten ein Heilverfahren einleiten müssen, wenn es zur Abwendung drohender Invalidität erforderlich erscheint, wurde abgelehnt. Entgegen der Fassung der Vorlage wird es bezüglich der verheirateten Versicherten bei den bisherigen Bestimmungen bleiben. Eine Erhöhung der Familienunterstützung wurde abgelehnt. Mit Zustimmung des Rentenberechtigten können Gemeinden mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde statutarisch festlegen, daß Renten bis zu zwei Drittel nicht bar gezahlt, sondern in Sachen gewährt werden. Das soll aber nur für solche im Bezirk wohnende Rentempfänger gelten, die selbst oder deren Ernährer dort als landwirtschaftliche Arbeiter ganz oder teilweise in Sachen entlohnt worden sind. Die

neu geplanten Bestimmungen über das Erlösen der Anwartschaft wurden abgelehnt; es bleibt also bei dem bestehenden Gesetz, wonach die Anwartschaft in 2 Jahren nach dem Ausstellungstage, der auf der Quittungstage steht, erlischt. Wenn der Arbeitgeber die Quittungsfarte im Besitz hat, muß er die Karte mindestens eine Woche vor Ablauf der 2 Jahre dem Versicherten zurückgeben oder sie umtauschen und die Versicherung dem Versicherten aushändigen.

Arbeiterbewegung. Zwischen den streikenden Kohlenarbeitern und der Firma Kupfer u. Co. in Berlin haben Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeiter erklärten sich bereit, die Beschäftigung wieder aufzunehmen unter der Voraussetzung, daß sämtliche im Auslande befindlichen Arbeiter und Kutscher der Firma Kupfer u. Co. sowie der anderen mit in den Kampf hineingezogenen Betriebe wieder eingestellt werden, und daß keine Maßregelungen vorgenommen werden. Außerdem wird vorausgesetzt, daß vom 1. April nächsten Jahres ab eine Lohnhöhung eintritt und verschiedene Mißstände im Arbeitsverhältnis beseitigt werden. — Die Bewegung der Solzbildhauer in Berlin ist noch nicht erledigt. Die Arbeitgeber haben auch eine 5prozentige Lohnhöhung abgelehnt und wollen nur einen neuen Vertrag von 2½jähriger Dauer abschließen. Darauf haben die Arbeiter von neuem Gegenforderungen aufgestellt, zu denen sich die Arbeitgeberorganisationen aber noch nicht wieder geäußert haben. — Die Kürschner in Hamburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Bei der Firma Gebr. Kridels in Merxheid b. Solingen haben die Rasiermesserfleifer wegen Lohnunterschieden und fortwährender Maßregelungen die Kündigung eingereicht. — Die Tarifbewegung der Stuarbeiter in Berlin kann als erledigt gelten, nachdem beide Parteien sich dem Schiedspruch des Einigungsamtes gefügt haben. Den Arbeitern sind dadurch einige Zugeständnisse gemacht worden. — In der Schuhfabrik von Norddorf in Breslau stehen seit einiger Zeit die Arbeiter im Streik. Die Firma will sich auf keinerlei Verhandlungen mit den Organisationsvertretern einlassen. — Gegen 1000 Buchbinder und Buchbinderinnen sind in Hannover in den Ausstand getreten. In einigen Betrieben, wo die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind, wird weitergearbeitet.

Auf der französischen Nordbahn ist ein Streik ausgebrochen, der in der Hauptsache sich auf die Werkstättenarbeiter erstreckt.

Warnung vor einer Hilfsrentenkasse. „Sustitia“ ist ihr Name, und Breslau der Sitz ihrer Tätigkeit. Als Krankenbegrüßungskasse gegründet, wurde sie im Oktober 1906 als freie Hilfskasse anerkannt, und jetzt hat sich der Regierungspräsident von Breslau genötigt gesehen, vor der „Sustitia“ öffentlich zu warnen. Denn wie die der Aufsichtsbehörde eingereichten Rechnungsabläufe der Jahre 1908 und 1909 erweisen, hat die Kasse nicht weniger als 70,7 und 70,8 Prozent der Einnahmen allein für Verwaltungskosten und nur 20,1 bzw. 21,4 Prozent für Kranken- und Sterbegelber auszugeben. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die Warnung des Breslauer Regierungspräsidenten auf fruchtbaren Boden fällt. Traurig genug ist es allerdings, daß das Publikum solcher Warnungen noch immer bedarf. Für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung bieten die von den Berufs-Organisationen getroffenen Einrichtungen dasjenige, was in der oben charakterisierten Art von Hilfskassen vergebens gesucht wird.

Neht charakteristisch für den deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband ist, was ein Bericht im christlich-sozialen „Reich“ vom 4. Oktober d. J. über eine Festversammlung dieses Verbandes in Berlin erzählt. Ehrengäste waren der antisemitische Rechtsanwält Ulrich, der frühere antisemitische Abgeordnete Frölich, der Leiter der antisemitischen Bewegung in Berlin Donner, ferner Vertreter vom Alldeutschen Verband, deutsch-konfessioneller Wahlverein, Alldeutschen Turnverein, Bund der Landwirte, deutschnationalen Kolonialverein, Verein deutscher Studenten, deutschsozialen Partei, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, christlich-sozialen Partei, deutschen Antisemitentbund, Verein der Konserwativen vor dem Votsdamertor usw. Dementsprechend waren auch die Festreden. Thoma, der erste Beamte des Verbandes für die Provinz Brandenburg, führte u. a. aus: „Ueber die Freiheitskriege hinweg (!), über das tolle Jahr dahin ragt wie der Turm aus der Brandung empor: Bismarck — kein Mann nach dem Herzen der Demokraten! . . . In Königsberg hat der Kaiser eine Rede gehalten, die in unflätiger Weise durch eine

gewisse Presse gezerrt worden ist. Wir erklären hierzu: Wir wollen keinen Kaiser von Volkes Gnaden, keinen gekrönten Häuptling von Parteien! Zwar kapitalistischen keine Festungen, aber ein Wohlstand nach dem anderen. — Schuld daran ist die Gehe, die in unglaublicher Form unser Volk zerrüttet.

Döring von der Hauptleitung in Hamburg erklärte u. a.:

„Wir sind nicht sentimental genug mit Vertha von Suttner zu schreiben: „Die Waffen nieder“, sondern wir rufen: „Es lebe der Kampf! Unerbittliche Gegnerschaft erwacht uns aus dem § 2 unserer Satzungen, der alle Feinde des Deutschtums aus unseren Reihen ausschließt: Wir halten uns frei von Großpolen, Dänen, Engländern, Tschechen, Französlingen und Juden! Wir halten es für unsere Pflicht, deutsches Wesen und deutsche Arbeit in unserem Beruf und Vaterland zu pflegen, und wollen nicht mit ansehen, daß das Volk eines Goethe und Kant im eigenen Lande zur Dienstmacht des fittlich minderwertigen jüdischen Volkes herabstinkt.“ (Wie war es denn mit Triole-Schad, dem Vorsitz der deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbands?)

Alle diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall der Versammlung. Kein Widerpruch machte sich seitens der Mitglieder geltend. Und da magt es die Leitung des Verbandes von Zeit zu Zeit, die reaktionäre antisemitische Tendenz, die im Verbandsorganismus liegt, und die, die herrschende ist, zu bekämpfen. Fürwahr, es wird Zeit, daß die deutschen Handlungsgehilfen diesen Leuten das Handwerk legen!

Die 417. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen (die erste in dieser Saison) findet am Sonntag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, im Bürgerkausal des Rathauses statt. Es werden mitwirken: Fräulein Ella Schmüder (Gesang), Fräulein Vertha Götz (Gesang), Herr Bruno Walter (Rezitation), Herr Heinz Beyer (Violoncello). Eintrittskarten à 30 Pfg. einschließlich Garberode und Programm.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß Billets für die Veranstaltungen des Vereins für Volksunterhaltungen auch in der Geschäftsstelle der „Vereinigung Groß-Berlin“ des Vereins der Deutschen Kaufleute, Dresdenerstr. 80, zu haben sind.

Gewervereins-Teil.

§ 1. In Ortsverband sprach am Sonnabend, den 8. Oktober, Kollege Dornblüth über „Wirtschaftspolitische Fragen“. Redner schilderte in eingehender Weise das System der deutschen Wirtschaftspolitik, das seit Jahr und Tag für weite Schichten des erwerbstätigen Volkes Nachteile über Nacht gebracht habe. Auch der Staat selbst sei hierdurch finanziell auf eine schiefen Ebene geraten und müsse einsehen, daß es so auf die Dauer unmöglich weitergehen könne. Eine Entlastung und ein Herauskommen aus den heutigen unzureichenden Zuständen sei für Vaterland und Volk gleich notwendig, und da der Industriearbeiter als prägnant hochstehender Konsument sehr schwer unter den gegenwärtigen Verhältnissen leide, so habe er auch das größte Interesse daran und müsse gerade beim wirt-

schaftspolitischen Gebiet die vollste Aufmerksamkeit zuwenden. Das sei nicht nur mit den Pflichten als Gewerbetreibender zu vereinbaren, sondern müsse gerade für diese eine Ehrenaufgabe bilden. Auch bei den Mitteln zur Abhilfe böte der Gewerbetreibendenstandpunkt einen durchaus geeigneten Weg. An den Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der volle Uebereinstimmung mit dem Referenten zutage trat.

§ 2. Am 5. d. M. hielt der Ortsverband eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher der Bezirksbeamte, Kollege Herberger-Exfurt, zunächst über die gefährdete Reichsversicherungsbewertung sprach. Nachdem der Redner einen Ueberblick über die soziale Gesetzgebung geworfen und unsere Forderungen zur Reichsversicherungsordnung eingehend und anschaulich begründet hatte, fand eine Resolution einstimmige Annahme, die auch dem Reichstage überfandt werden soll. Nach Erledigung dieser Angelegenheit berichtete Kollege Verberger über die augenblickliche Lage in der Metallindustrie. Er schilderte den Gang der Werftarbeiterbewegung und gab die Gründe an, welche die Unternehmer zu der geplanten Ausperrung geführt haben. Diefelben können nicht als gerechtfertigt angesehen werden. Wenn auch nicht zu erwarten sei, daß die Drohung durchgeführt wird, müsse die Arbeiterschaft doch auf alle Fälle gerüstet sein. Wie die Arbeitgeber ihre Organisation aufzubauen haben, so müssen es auch die Arbeitnehmer tun, um ebenfalls eine geschlossene Masse aufbieten zu können. Sollte es zur Ausperrung kommen, so müßten alle Gewerbetreibenden sich des Ernstes der Lage bewußt sein, Disziplin üben, treu zu ihren Führern stehen und sich streng an die Anordnungen halten, die von der Hauptleitung gegeben werden. Auch an dieses Referat schloß sich eine rege Diskussion, an der sich zahlreiche Mitglieder beteiligten. In seinem Schlusssatz gab der Referent noch mancherlei Aufklärungen und erntete reichen Beifall. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerbetreibenden geschlossen.

Karl Rohe, Ortsverbandschriftführer.

Verbands-Teil.

Verbandskollegen!

Das Verbandsprotokoll ist bereits im Monat August d. J. allen Ortsvereinen und Ortsverbänden zugesandt, mit der Bitte, den Betrag von 1 Mark umgehend einzufenden.

Die Ortsvereins- und Ortsverbandskassierer, welche bisher den Betrag noch nicht eingefandt haben, werden hierdurch dringend ersucht, den Betrag umgehend einzufenden, damit weitere Maßnahmen ergriffen werden können.

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der geschäftsführende Ausschuss.

R. Klein, Verbandskassierer.

Veranstaltungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 12. Oktober, Vortrag des Kollegen Jordan über: „Arbeiter und politische Parteien“. Gäste sind herzlich willkommen. — Gewerbetreibenden-Liebertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebertafel im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste wült.

Sonnabend, 15. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Versammlung mit Damen, bei Reichert, Bergstr. 69. Vortrag des Herrn Baur. (Humboldtstr. 10.) Regulatorporto. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Bonard, Wülfersstr. 61. Protokoll. Monatsberichte. Besprechung über Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Krull, Putzstr. 51. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Die Versammlung am 15. Okt. fällt aus, dafür Montag, 17., Zahlabend, Schönhauser Allee 65. Sonnabend, 15., Herbst-Vergnügen in Berg, Hefschüler, Schönhauser Allee 129. — Sonnabend, 16. Okt. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Vorm. 9 Uhr, Versammlung bei Rabau, Waldstraße 58. — Rigdorf I (Maschinenbau- u. Metallarbeiter). Sonnabend, 15. Oktober, abds. 9 Uhr, Versammlung bei Kamp, Jägerstr. 77.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstraße 120. — Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hahentamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, Verbandsabend, Kurfürstenstr. 29. Sitzung. — Eisenfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Koggenkämpfer, Eisenfeld, Lützenstr. und Erdlungsstr.-Weg. — Eisenfeld (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Diskussionsabend findet jed. 1. Mittwoch im Monat I. Passage-Str., Gr. Braubaustr., statt. — Haaren b. Wachen. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Eubowig. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Diskussionsabend. — Hirschberg (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janer, Döhrstr. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — Leipzig (Gewerbetreibenden-Liebertafel). Die Liebertafelstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — Nalstein-Nahe (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Köhler, Sandstraße 28. — Stettin (Sängerchor der Gewerbetreibenden). Die Liebertafelstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Kober, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — Tegel (Diskussionsklub für Tegel, Hefschüler und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — Weihenfeld a. G. (Wohnungsabteilung der Gewerbetreibenden). Liebertafelstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliche Gewerbetreibenden-Kette willkommen. — Weihenfeld (Diskussionsklub der Gewerbetreibenden). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

Veränderungen bezw. Ersatzmannen zum Abrechnen verzeichnet.

Deuthen (Ortsverband). Georg Koberlig, Schriftführer, Ring 6. — Duisburg (Ortsverband). Karl Rehmert, Schriftführer, Paradiesstr. 12. — Plauen i. Vogtl. (Ortsverband). Felix Berner, Schriftführer, Pestalozzistr. 55. — Saarbrücken (Verbandssekretariat). Johann Eden, Saarbrücken I, Gutenbergstr. 28 I.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Alles zusammen nur zwei Mark!
Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel.



Bei Bestellung bitte Fingermaß angeben.

Mittels Amerik. Brillant-Krawatten-Nadel. Bei Weltem-vorlauf von 8 und 16 Ketten in Ihrem Bekannten-Bureau erhalten Sie bei 5 Ketten 1 hochglanziges Opernglas mit Kompass sowie mit einfacher und doppelter Vergrößerung und bei 10 Ketten 1 garantiert gutgehende u. silberne Remonteur-Uhr vollständig gratis.

Unentgeltl. Dankschreiben. Damen-Kollektion aus goldenen Fransen. Lieferant höherer Qualitäten. Schreiben Sie sofort eine Postkarte u. eruchen um Zusendung per Nachb. Richard Jähde, Berlin O 24, Abt. 21.

Billige böhmische Bettfedern



1 Pfund graue gute, gefüllte, 1 M.; prima halbschweife 1 M. 30; 1 Pfund weiße flaumige gefüllte 1 M. 70; 1 M. 90; 1 Pfund (Snee-weife, feinste, gefüllte, 2 M. 70, 3 M. 40. Versand 10 Pfund gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Umtausch gestattet; für Nichtpassendes Geld retour. Preisliste gratis.

S. Benisch, Döschowitz Nr. 1168, (Böhmen).

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Begräbnis-Kasse

des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden.

Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungsumme und des Eintrittsalters 2 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Dankschreiben im Gewerbetreibendenbureau, Burgmünsterstr. 24 I. Außerdem erhalten dieselben durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Elrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten Abendbrot, Nachtglas, Kaffee und Frühstück. Besprechungskarten beim Kassierer W. Glauchen, Koloniestr. 82.

Hannenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Dankschreiben von 50 Pfg., Comm- und Bekleidungs 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer G. Reimann, Schmiednerstraße 12.

Hannover und Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Besprechungskarten hierzu bei Karl Gebel, Gelsenstraße 82 A I.

Leipzig (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer B. Weise, Leipzigerstr. 12, Dörfelgasse 82.

Barth i. Pomern. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu stüßung an wandernde Kollegen bei haben bei Aug. Dähn, Pohl-Ernst-Straße 174 E. in Scheibestraße 211 b. Arbeitsnachweis daf. brrg, Albertstr. 174 E.

Obererzgebirgischer Ortsverband, Eitz-Schleitzan. Unterhalten 50 Pfg. Karten sind zu stüßung an wandernde Kollegen bei haben bei Aug. Dähn, Pohl-Ernst-Straße 174 E. in Scheibestraße 211 b. Arbeitsnachweis daf. brrg, Albertstr. 174 E.